



Kampf um AI Act in der EU: 1012 Treffen mit 551 Lobbyisten

Die Europäische Union wollte Künstliche Intelligenz regulieren. Dann kam ChatGPT. Ein Kompromiss ist nun weiter entfernt denn je.

Lesezeit: 11 Min.  speichern

  2



(Bild: vladm/Shutterstock.com)

09.05.2023 08:15 Uhr | MIT Technology Review

Von Bernd Müller

INHALTSVERZEICHNIS 

Es ist fast ein Naturgesetz: Jede Technologie, die man missbrauchen kann, wird früher oder später missbraucht. Im Falle von Künstlicher Intelligenz eher früher. KI wird in China eingesetzt, um die Bürger zu überwachen, etwa um Oppositionelle per Gesichtserkennung zu identifizieren oder unerwünschtes soziales Verhalten zu sanktionieren.

Man muss aber gar nicht in die Ferne schweifen, auch in Europa arbeitet KI in Anwendungen, bei denen die Einhaltung von Bürgerrechten zumindest zweifelhaft ist. Staaten mit Außengrenzen setzen sie ein, um unerwünschte Migranten zurückzuweisen. Anlasslose Überwachung im öffentlichen Raum, Profiling zur Verbrechensbekämpfung, Risikoanalyse bei der Vergabe von Krediten: All das und vieles mehr ist heute mit KI möglich und wird auch genutzt.

KI-SCHWERPUNKT IN MIT TECHNOLOGY REVIEW



Das Missbrauch von KI in freiheitlich-demokratischen Gesellschaften nicht erlaubt werden darf, darin sind sich die Politiker und zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Europäischen Union einig. Und so hat die EU-Kommission 2018 eine Initiative gestartet, an deren Ende eine Regulierung für Künstliche Intelligenz stehen soll. Dieser AI-Act, wie er seit einem Vorschlag der Kommission von 2021 heißt, wird seit zwei Jahren im EU-Parlament und vom Europäischen Rat diskutiert. Die konservative Fraktion pocht dabei auf eine wirtschaftsfreundliche Auslegung ohne Überregulierung, Linke dagegen möchten alle denkbaren Schlupflöcher zum Missbrauch per Gesetz schließen. Umstritten ist dabei, ob nur die Anwendung zu regulieren ist oder auch das zugrunde liegende KI-Modell. Das ist wichtig bei KIs, die – je nach Einsatzzweck – an verschiedene Aufgaben angepasst werden können. Sie sind keinem einzelnen Einsatzzweck eindeutig zuzuordnen und werden deshalb im Fachjargon General Purpose AI genannt. General Purpose AI sei wie ein kleines Kind, das man in unterschiedliche Richtungen erziehen könne, formuliert es Tamara Fischer, Data-Analytics-Spezialistin bei SAS, einem US-Anbieter von Analytics- und KI-Software.

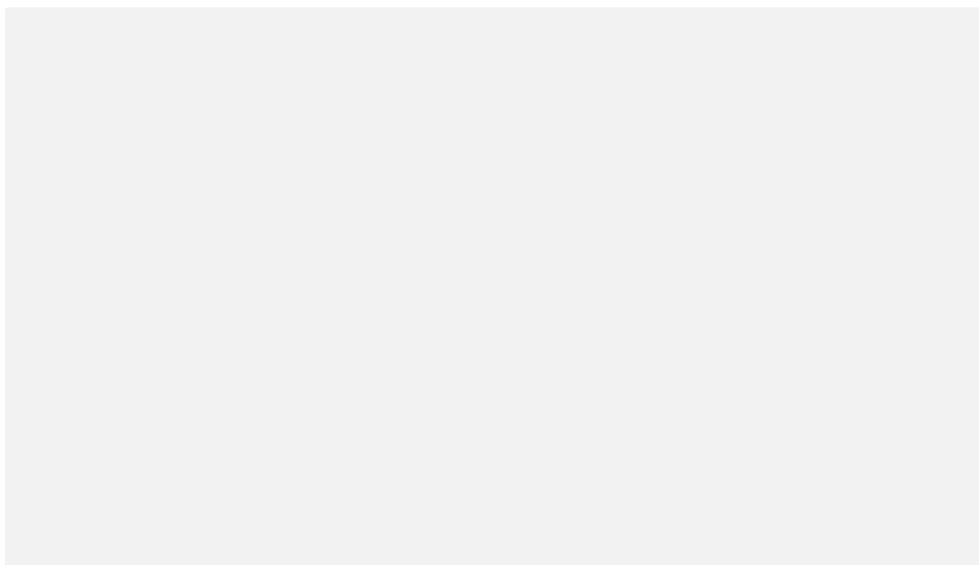


Tamara Fischer ist KI-Spezialistin bei SAS und hält den europäischen AI-Act für innovationsfördernd.
(Bild: SAS Institute Inc. / Peter Vogel)

Plötzlich kann eine Maschine menschliche Dinge

Inzwischen haben sich die kontroversen Positionen angenähert, auch weil man General-Purpose-KI erstmal ausgenommen hat und deren Regulierung auf einen späteren Zeitpunkt verschieben wollte. Eine Einigung noch in diesem Jahr und somit vor der Europawahl im Frühjahr 2024 schien greifbar nahe.

Dann kam ChatGPT. Das zugrunde liegende KI-Modell GPT4 ist eine General Purpose AI und damit eine Technologie, mit der die Parlamentarier erst in einigen Jahren gerechnet hatten. Plötzlich kann eine Maschine Dinge, die man bisher nur dem Menschen und seiner Kreativität zugetraut hat. Kurzgeschichten schreiben, Webseiten programmieren und Universitäts-Eignungstests bestehen zum Beispiel. Mit den Möglichkeiten steigt auch das Potenzial zum Missbrauch, und der AI-Act braucht schon ein Update, bevor er überhaupt zu Ende verhandelt wurde.



Schattenspiele der Macht

Seit Dezember 2021 – ein Jahr bevor ChatGPT erschien – versuchen die beiden Berichterstatter des EU-Parlaments – Brando Benifei von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten und Dragos Tudorache von der Fraktion Renew Europe – die unterschiedlichen Sichtweisen unter einen Hut zu bringen. Seither gab es über 3.000 Änderungsanträge. Einigkeit herrscht darin, dass KI nicht generell verteufelt werden soll, sondern dass KI-Anwendungen nach ihren Risiken bewertet werden, und zwar nach vier Kategorien: von minimal bis inakzeptabel.

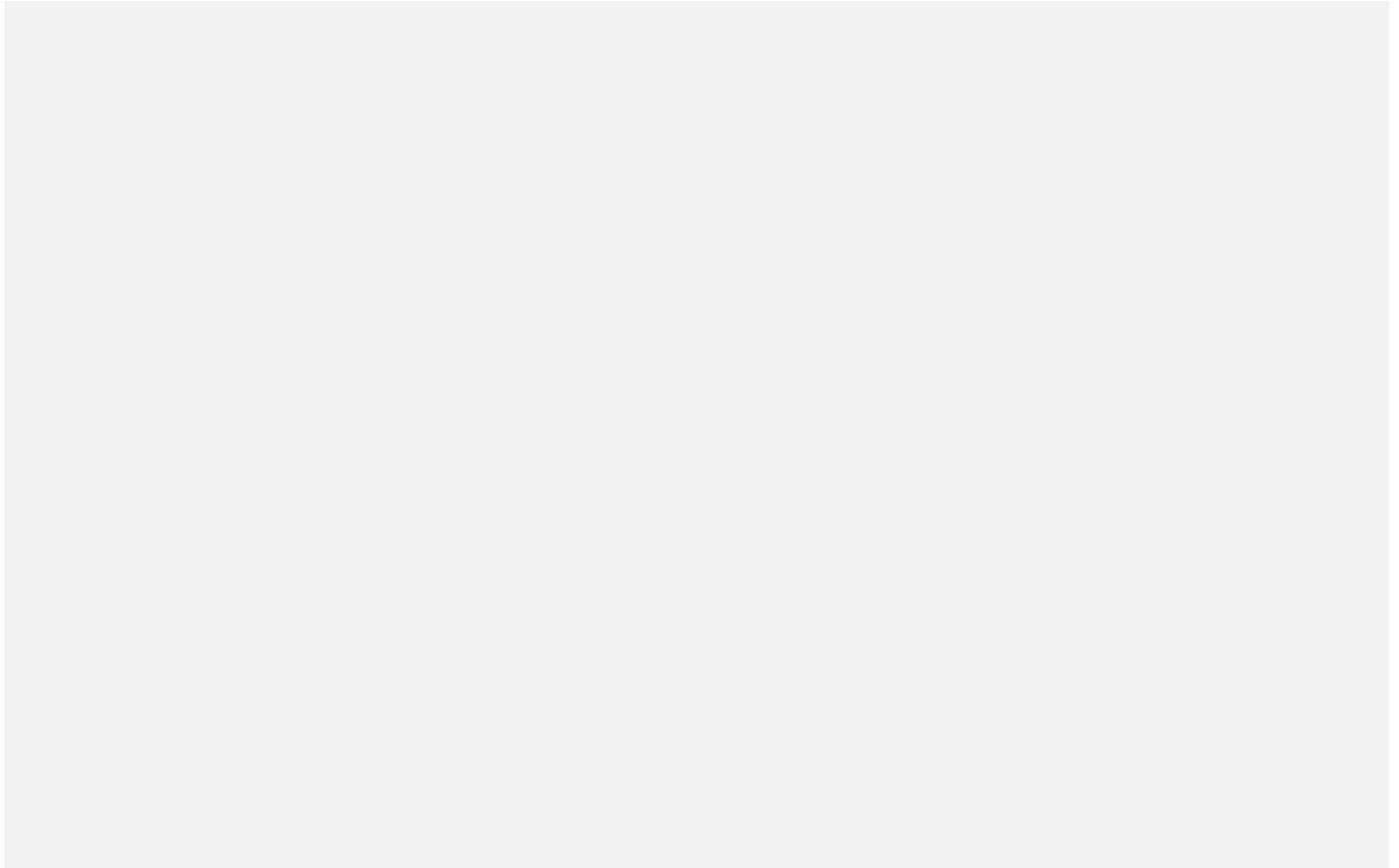
Wie das genau umzusetzen ist, darüber gehen die Meinungen nach dem ChatGPT-Beben allerdings mehr denn je auseinander. Das zeigen schon die unterschiedlichen Positionen der vier deutschen Schattenberichterstatter zum AI-Act im EU-Parlament, die den beiden Berichterstattern bei der Ausgestaltung der Entscheidungsgrundlage für das Parlament assistieren. Axel Voss von der CDU und Svenja Hahn von der FDP favorisieren einen "klugen, schmalen Gesetzentwurf", der sich an den Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten orientiere, jedoch ohne "innovationsfeindliche Überregulierung", die den lukrativen Markt den US-Techkonzernen überlasse.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

"KI darf keine Black Box sein, der wir hilflos ausgeliefert sind."

Eine minimalistische Regulierung befürwortet auch der Grünen-Abgeordnete Sergey Lagodinsky. Für Hochrisiko-Anwendungen möchte er jedoch höhere Anforderungen durchsetzen. Zu den Hochrisiko-Anwendungen gehören beispielsweise KI-Systeme für die biometrische Identifizierung und Kategorisierung, für kritische Infrastrukturen, für die Arbeitnehmerverwaltung, Bildung,

Strafverfolgung, Grenzkontrolle, für medizinische Produkte und KIs zur Risikoberechnung und Preisgestaltung für Versicherungen. Laut Lagodinsky könne es auch vereinzelt Verbotslisten geben, etwa für die Erkennung von Emotionen oder die biometrische Gesichtserkennung in öffentlichen Räumen. Er fordert: "KI darf keine Black Box sein, der wir hilflos ausgeliefert sind." Cornelia Ernst reicht das noch nicht. Die Linken-Politikerin möchte möglichst detailliert festlegen, was erlaubt ist und was nicht. Ernst sieht besondere Gefahren beim Einsatz von KI an den EU-Außengrenzen, um Einreisende zu selektieren.



Der AI-Act der EU unterteilt KI in vier verschiedene Risikokategorien, die sich nach dem Verwendungszweck eines Systems richten. Von diesen vier Kategorien befasst sich das Gesetz vor allem mit der Spitze der Pyramide, der hochriskanten KI.
(Bild: Quelle: Ada Lovelace Institute)

Regulierung sei schädlich für Innovation und Wirtschaft – diesem gerne bemühten Narrativ möchte sich Tamara Fischer von SAS nicht anschließen. Im Gegenteil: "Der AI-Act geht in die richtige Richtung", sagt sie. Regulierung sei nicht schädlich, sondern schaffe Vertrauen in einen verantwortungsvollen Umgang, und das sei bei einer so disruptiven Technologie das A und O. Der AI-Act bremse daher Innovation nicht aus, er ermögliche sie überhaupt erst, so Fischer. "Für den AI-Act ist es gut, dass ChatGPT gekommen ist, um auch diese Form von KI gleich mitzubedenken."

Im Grunde stehen sich zwei Sichtweisen gegenüber: Die einen wollen nur die Anwendung regulieren, also das, wofür die KI konkret eingesetzt wird, nicht jedoch die Technologie, die dahintersteckt. "ChatGPT ist bloß ein Textgenerator", findet Schattenberichterstatter Axel Voss. Er sieht deshalb keine Notwendigkeit, ChatGPT zu regulieren und auch nicht GPT4, das dahinterliegende Sprachmodell. Andere warnen, die Technologie aus der Regulierung zu nehmen. Für sie steckt darin zu viel Intransparenz und damit Missbrauchspotenzial. Dass hier Misstrauen angebracht ist, zeigt die Entscheidung von Open AI, nicht mehr offenzulegen, wie GPT4 trainiert wurde. GPT4 – und damit ChatGPT – ist damit eine intransparente Black Box.



Sarah Chander setzt sich in Brüssel für den Schutz digitaler Rechte ein.
(Bild: Andreea Belu)

Die Verantwortung bei den Hochrisiko-KI

Wenn sich die US-Tech-Lobby und Abgeordnete wie Voss durchsetzen, bliebe alle Macht bei den großen Konzernen, warnt Sarah Chander, Senior Policy Advisor von European Digital Rights, einem Netzwerk zum Schutz digitaler Rechte mit Sitz in Brüssel. Die Verantwortung dagegen, wenn etwa Hochrisiko-KI Menschenrechte verletze, würde auf kleine Firmen abgewälzt, die aus den Modellen konkrete Anwendungen bauten. Doch die hätten wegen der intransparenten Modelle gar keine Chance, alle Risiken abzuschätzen. Deshalb sei es essenziell, in jedem Glied der KI-Wertschöpfungskette die Verantwortlichkeit dem richtigen Akteur zuzuweisen, fordert European Digital Rights.

DREI FRAGEN AN REGGIE TOWNSEND ...

So sind jede Menge Fälle bekannt, wo eine Verzerrung, ein sogenannter Bias, in den Trainingsdaten einer KI zu unerwünschten Ergebnissen führt. In den USA bekommt man zum Beispiel mitunter keinen Kredit, wenn man im falschen Stadtteil wohnt. Oder wenn man keine weiße Haut hat. Oder die falsche sexuelle Orientierung. Acht von zehn großen US-Firmen setzen KI ein, um die Leistung ihrer Mitarbeiter zu verfolgen. Man kann sich vorstellen, was das etwa für Menschen mit einer Behinderung bedeutet.

Chander lobt die EU-Parlamentarier für ihre bisherige Arbeit. Diese hätten Schlupflöcher zurückgewiesen, die die EU-Kommission gerne ins Gesetz einbauen würde. Darunter etwa das Predictive Policing, also die Vorhersage von Verbrechen aufgrund von Eigenschaften einer Person. Auch neige die Mehrheit der Parlamentarier bei General Purpose AI zu einer strikteren Auslegung, die auch die KI-Modelle einbezieht. "Das gefällt Google und Co. natürlich überhaupt nicht", so Chander. Dass Google hier keinen Spaß versteht, sieht man an den Entlassungen der beiden Leiter des Ethik-KI-Teams. Timnit Gebru, eine der Leiterinnen, hatte es gewagt, ein Paper über die Risiken von General Purpose AI zu veröffentlichen.

Die Macht der Lobbyisten

Und so sehen sich die Parlamentarier einem Trommelfeuer von Lobbyisten vorwiegend aus den USA ausgesetzt. Bis Januar 2023 haben Mitglieder des EU-Parlaments 1012 Treffen mit 551 unterschiedlichen Lobbyisten zum AI-Act dokumentiert. Corporate Europe Observatory (CEO), eine Nichtregierungsorganisation zur Beobachtung von Lobbyismus in der EU, hat diese Bemühungen in ihrem Report "The Lobbying Ghost in the Machine" zusammengefasst. Dort berichtet das Netzwerk, welchen Druck US-Big-Tech beim AI-Act aufbaut. In privaten Meetings versuchten die US-Konzerne, KI als bloß noch eine weitere Technologie kleinzureden. CEO dagegen warnt: "KI ist nicht bloß eine Technologie, es ist ein neues Werkzeug, um Gesellschaften zu organisieren."

Die Lobbyisten haben durchaus Erfolge vorzuweisen. So kann es sein, dass die Regulierung von General Purpose AI in die Zukunft verschoben wird, wenn auch nicht bis in alle Ewigkeit. Das würde den Konzernen zumindest etwas Zeit geben, um Fakten zu schaffen. Die EU-Kommission neigt derzeit aber dazu, General Purpose AI doch in die Regulierung einzubeziehen – dann mit weniger strikten Bedingungen, die zudem "intern" kontrolliert werden sollen, womit eine Art Selbstkontrolle gemeint sein könnte. Lobbyisten drängen nämlich selbst für Hochrisiko-KI auf Assessments durch eine Expertengruppe, in der Vertreter der zu regulierenden Konzerne sitzen sollen.

Handlanger von Big Tech

Wie die Lobbyisten vorgehen, zeigen die Versuche, neutrale Organisationen zu beeinflussen. So erhielten die Mitglieder der European Digital SME Alliance einen Brief, der die Gefahr beschreibt, die kleinen und mittelständischen Unternehmen angeblich

drohe, wenn General Purpose AI in die Regulierung aufgenommen würde. Der Brief stammte von BSA, einer Lobbying-Organisation, die von Microsoft gegründet wurde. Eine Reihe solcher Organisationen schreibt sich das Wohl von mittelständischen Unternehmen und Start-ups auf die Fahnen, ist aber in Wirklichkeit Handlanger von Big Tech. Die EU-Parlamentarier Christel Schaldemose, René Repasi und Paul Tang haben sich bei der Präsidentin des Parlaments, Roberta Metsola, beschwert, weil diese Lobby-Organisationen verdeckt versuchten, politische Entscheidungsträger in der Debatte in die Irre zu führen.

Auch von Ursula von der Leyen können die drei wenig Unterstützung erhoffen. "Ich glaube an die Macht der Künstlichen Intelligenz", jubelte die Präsidentin der EU-Kommission in einer Rede, worauf sie einige positive Anwendungsbeispiele wie die effizientere Erzeugung von erneuerbaren Energien oder die Erkennung von Brustkrebs anführte. Beispiele, die Google-CEO Sundar Pichai in einer Rede in Brüssel zuvor genannt hatte. Auch die sonst gegenüber US-Konzernen so unerbittliche EU-Kommissarin für Wettbewerb, Margarethe Vestager, scheint mittlerweile auf Linie zu sein. Zur Balance zwischen Innovation und Regulation befragt, sagte sie: "Meine größte Sorge ist, dass wir auf den Einsatz von Künstlicher Intelligenz verzichten werden."

(grh)

[Kommentare lesen \(2\)](#)

[Zur Startseite](#)

MIT Technology Review Newsletter

Eine wöchentliche Übersicht der wichtigsten Themen aus Wissenschaft und Technik – kuratiert von TR-Chefredakteur Luca Caracciolo.

E-Mail-Adresse

[Jetzt anmelden](#)

Ausführliche Informationen zum Versandverfahren und zu Ihren Widerrufsmöglichkeiten erhalten Sie in unserer Datenschutzerklärung.

